

Niedergang und Wiederaufstieg großer Reiche. Rußland und Deutschland seit 1870

Eines der großen, immer wieder aufgegriffenen und behandelten Themen der Geschichtsschreibung ist die Frage nach den Gründen für den Aufstieg und den Niedergang großer Reiche. Dafür lieferte vor allem das Römische Reich das viel erörterte Beispiel, anhand dessen man seit den Zeiten Macchiavellis und Montesquieus vor allem den Ursachen für den Niedergang nachging. Aber auch die Geschichte des Heiligen Römischen Reichs des Mittelalters und der sogenannte Frühen Neuzeit und des Osmanischen Reiches wurde unter diesem Aspekt erörtert, im weiteren dann diejenige Schwedens, Großbritanniens, auch Frankreichs und Rußlands, gelegentlich auch Deutschlands, schließlich diejenige Indiens und vor allem Chinas sowie, in mancher Hinsicht warnend-prognostisch, diejenige der Vereinigten Staaten von Nordamerika. Darüber ist eine andere, in der Moderne, wie es scheint, gleich aktuelle, ja vielleicht aktuellere Frage in den Hintergrund getreten: wie es mit dem nicht minder häufigen Wechsel von Aufstieg, Niedergang und Wiederaufstieg mancher dieser Reiche und Staaten steht, welche Gründe, welche veränderten Rahmenbedingungen für diesen Wechsel jeweils maßgebend waren und, mit Blick auf die Gegenwart und die Zukunft, auch weiterhin maßgebend sind.

Dieser Frage will ich am Beispiel der in vieler Hinsicht gegenläufigen, jedenfalls zeitlich versetzten, aber doch auch wieder in vielem verschränkten Entwicklung des Deutschen und des Russischen Reiches vor allem seit 1870, seit der Gründung des Deutschen Reiches, mit Schwerpunkt auf der Zeit bis zum Ersten Weltkrieg nachgehen. Dabei wird die weitere Entwicklung dieser beiden Staaten mit ihrem teil parallelen, teils gegenläufigen Wechsel von Niedergang und Wiederaufstieg gleichsam stets mitgedacht.

Das Deutsche Reich entstand aus dem 1871 um die mittleren und kleinen deutschen Staaten erweiterten Preußen. Dabei hatte man bei seiner Gründung bewußt an das 1806 untergegangene erste, das Heilige Römische Reich Deutscher Nation angeknüpft als Symbol des Wiederaufstiegs nach einer langen Zeit des Niedergangs. Preußen hatte nach 1806, nach der verheerenden Niederlage gegen Napoleon in der Doppelschlacht von Jena und Auerstedt, in deren Gefolge der im 17. und 18. Jahrhundert schrittweise zu einer Großmacht aufgestiegene Staat zu einer Macht mittleren Ranges herabgestürzt war, langsam wieder an Macht und Einfluß gewonnen – vor allem durch seinen durch gesellschaftliche Reformen eingeleiteten und begleiteten wirtschaftlichen Aufschwung. Es war jedoch, wie der leitende Staatsmann Preußens seit Beginn der 1860er Jahre, Otto von Bismarck, anfangs stets nachdrücklich betont hatte, im 19. Jahrhundert lange Zeit die kleinste der

fünf europäischen Großmächte geblieben und mußte um diesen Rang immer wieder kämpfen. Preußens machtpolitischer Aufstieg in den 1860er Jahren hatte sich dann, während England, auf den Ausbau seines Weltreichs konzentriert, abseits stand, sehr wesentlich unter der Protektion und unter indirekter Mithilfe des mächtigen zaristischen Reiches vollzogen, das seit 1815, seit dem Sieg über Napoleon und das napoleonische Frankreich neben Österreich mehr und mehr zur Vormacht des Kontinents wurde. Mit der Unterstützung Preußens wollte St. Petersburg nicht zuletzt ein Gegengewicht gegen die Habsburger Monarchie schaffen, die neben Rußland mächtigste unter den vier kontinentaleuropäischen Großmächten; der russisch-österreichische Gegensatz war seit dem Krimkrieg einer der Konstanten der kontinentaleuropäischen Politik, auf denen dann Bismarcks außenpolitisches Konzept sehr wesentlich gründete.

Die Verhältnisse aber hatten sich nach dem preußisch-deutschen Sieg über Frankreich in raschem Tempo geändert. Wurde Preußen-Deutschland zunächst von Rußland als eine Art Juniorpartner im Kreis der großen Mächte betrachtet und auch von England anfangs als eine Macht angesehen, die, ohne die Machtverhältnisse auf dem Kontinent grundsätzlich zu verschieben, die Gewichte hier in durchaus begrüßenswerter Weise im Sinne des Gleichgewichts neu austariert habe, so veränderte sich diese Einschätzung und Betrachtungsweise noch in den 1870er Jahren, also in vergleichsweise sehr kurzer Zeit, in grundlegender Weise. Das Deutsche Reich erschien nun in St. Petersburg und im weiteren dann auch in London als ein Staat, der in bedrohlicher Weise ständig an Gewicht zunahm und auf dem Wege war, seinerseits zur Hegemonialmacht auf dem Kontinent aufzusteigen. Das geschah vor allem aufgrund eines Faktors, der bei den bis dahin gängigen Faktoren für die Begründung eines Großmachtstatus – Größe des Territoriums, Bevölkerungszahl, militärische Stärke – eine eher nachgeordnete Rolle gespielt hatte. An Größe des Territoriums und an Bevölkerungszahl vor allem dem Russischen Reich weit unterlegen und dementsprechend wohl auch, wie man schätzte, an militärischer Stärke, verschoben sich die Gewichte auf einem anderen Feld in dramatischer Weise und dementsprechend dann auch, im Verhältnis zu den übrigen europäischen Großmächten, hinsichtlich der Bevölkerungszahl und der militärischen Stärke. Dieses Feld war die gewerbliche und industrielle Wirtschaft, ein Feld, auf dem das Deutsche Reich binnen kurzer Zeit alle kontinentaleuropäischen Mächte überholte und schrittweise mit Großbritannien, der »first industrial nation«, gleichzog.

Diese Gewichtsverschiebung beunruhigte das Russische Reich in besonderem Maße, da gleichzeitig die ökonomischen Grundlagen der eigenen Machtstellung im Vergleich zu den west- und mitteleuropäischen Mächten deutlich schwächer wurden und sich der Prozeß des relativen Zurückbleibens auf diesem Gebiet immer weiter fortsetzte – ablesbar an

der Entwicklung des Bruttosozialprodukts hier und im westlichen und mittleren Europa, wobei Rußland vor allem hinsichtlich der Produktion gewerblicher Güter mehr und mehr den Anschluß verlor. Die russische Politik suchte diese wesentlich ökonomisch bedingte Gewichtsverschiebung sozusagen auf dem klassischen Wege der territorialen Gebietserweiterung auszugleichen. Dabei hatte sich der Blick Petersburgs nach der Niederlage im Krimkrieg zunächst auf die angrenzenden Gebiete Asiens, also vor allem auf China, gerichtet, dem man einige territoriale und handelspolitische Zugeständnisse abrang. Seit den 1870er Jahren aber standen erneut Territorien des Osmanischen Reiches, des, wie man in der Zeit sagte, »kranken Mannes am Bosphorus«, im Zentrum russischer Begehrlichkeiten, nun vor allem, in direkter Konkurrenz mit Österreich-Ungarn, die südosteuropäischen Gebiete dieses Reiches.

Zwar drängte sich manchem Vertreter der russischen Politik bis hin zu der unmittelbaren Umgebung des regierenden Zaren, Alexanders II., die Einsicht auf, daß man auch, ja vor allem auf wirtschaftlichem und, damit aufs engste verbunden, sozialen Gebiet dem Beispiel Preußens folgen müsse und die Mobilisierung der wirtschaftlichen Kräfte durch Beseitigung aller sie und die Ausbildung eines freien Marktes hemmenden Kräfte von Seiten des Staates aktiv vorantreiben müsse. Nur so werde man zugleich weitere Machtverschiebungen insbesondere zugunsten des Deutschen Reiches verhindern und die eigene Stellung bewahren können. Aber einer solchen Politik standen, zunächst zumindest, mächtige gesellschaftliche Kräfte und vor allem auch die Sorge entgegen, daß damit über kurz oder lang auch das autokratische System, die ganz auf den Zaren und seinen Machtanspruch ausgerichtete politische Verfassung des Landes als ganze, ins Wanken kommen könne.

Und diese Sorge setzte sich nach der Ermordung von Alexander II. 1881 unter seinem Nachfolger, Alexander III., endgültig durch. Alexander III. stützte sich in seiner Politik vor allem auf das Bündnis mit der orthodoxen Kirche und mit dem um seine politische und vor allem auch um seine wirtschaftliche Machtstellung auf regionaler und lokaler Ebene fürchtenden Teil des Adels. Erst im Verlauf der 1880er Jahre gewann allmählich die Einsicht an Boden, daß man zumindest in wirtschaftlicher Hinsicht einen neuen Weg beschreiten müsse, wolle man nicht riskieren, auch machtpolitisch in einen verhängnisvollen Abwärtstrend und Niedergang hineingerissen zu werden. Gerade das preußisch-deutsche Beispiel zeige ja, so die Reformer, die sich, seit den 1880er Jahren, jetzt verstärkt regten, daß man wirtschaftspolitische Veränderungen vorantreiben könne, ohne die innenpolitische Gewichtsverteilung entscheidend zu verschieben.

Hier berief man sich hinter vorgehaltener Hand des öfteren auf Otto von Bismarcks systemstabilisierenden Abwehrkampf gegenüber den liberalen und parlamentarischen

Kräften seit seinem Amtsantritt zu Beginn der 1860er Jahre, denen er gleichzeitig in ökonomischer Hinsicht weit entgegengekommen war. In der Tat hatte sich Bismarck auf wirtschaftlichem, zum Teil auch auf sozialem Gebiet geradezu zu einem Vorkämpfer liberaler Forderungen entwickelt und eine entsprechende Politik betrieben. Gleichzeitig aber hatte er an der Vormachtstellung der Krone und des von der Bürokratie gelenkten Staatsapparats zäh festgehalten, wobei vor allem der ausschließlichen Verfügungsgewalt des Monarchen und der Regierung über die Armee eine entscheidende Rolle zukam.

Im Sinne einer solchen Politik auch für Rußland sprach sich vor allem Sergej Juljewitsch Witte, ein 1849 in Tiflis geborener Eisenbahningenieur deutscher Herkunft, aus. Er wurde 1888 zum Chef des neugegründeten Eisenbahndepartements im Finanzministerium berufen und hat vier Jahre später, 1892, das Amt des Ministers der Verkehrswege und 1893 gleichzeitig das Amt des Finanzministers übernommen – zwei Schlüsselressorts jeder Reformpolitik. Er entwickelte ein Konzept des unbedingten Vorrangs der Sanierung der vor allem durch die Ausgaben für das Militär aufs äußerste angespannten Staatsfinanzen und der erneuten Stärkung der niedergehenden staatlichen Macht auf wirtschaftlichem Gebiet, durch Aufbau einer staatlich gelenkten und kontrollierten, aber gleichzeitig den Gesetzen eines internationalen kapitalistischen Marktes folgenden Wirtschaft. Mit diesem Konzept gewann er einen ständig wachsenden Einfluß auf alle Bereiche der staatlichen Verwaltung und Politik. Er führte aller Welt vor Augen, daß ein kapitalistisches System offenbar auch unter einer autokratischen Ordnung florieren könne, ja, daß ein solches System die autokratische Ordnung gewaltig zu stärken in der Lage sei. Der Wiederaufstieg Rußlands könne sich auf diesem Wege vollziehen, ohne daß gleichzeitig die überlieferte politische und auch die soziale Ordnung radikal in Frage gestellt werde, so lautete der Kern seiner auf vielen Wegen propagierten Reformbotschaft.

Wittes Blick richtete sich dabei vor allem, wie gesagt, auch wenn die Voraussetzungen natürlich in vieler Hinsicht andere waren, auf Preußen-Deutschland, auf das Deutsche Reich, dessen unübersehbarer Machtgewinn vor allem wirtschaftlich bedingt war, ohne daß man den davon begünstigten gesellschaftlichen Kräften politisch allzuweit entgegengekommen war, vielmehr an der überlieferten starken Stellung des Staates und seiner auf die Krone eingeschworenen Bürokratie und auch an dem Führungsanspruch der traditionellen Eliten festgehalten hatte. Dies erschien damals aus der Perspektive Wittes und seiner engsten Mitarbeiter als der »deutsche Weg« zum Umbau und zur Modernisierung Rußlands und damit zur neuerlichen Befestigung seiner Macht. Es war zugleich die Alternative zu dem Weg, den England, der weltpolitische Hauptkonkurrent des Zarenreiches, seit langem und wie man sah höchst erfolgreich, beschritt.

Dieser »englische« Weg bestand darin, daß nicht der Staat, sondern die gesellschaftlichen Eliten, ein großer Teil der alten aristokratischen und der aufsteigenden bürgerlichen Eliten, politisch wie vor allem auch ökonomisch die Führung ergriffen und den Umbau und die Modernisierung Englands betrieben. Sie bewirkten damit einen erheblichen Machtgewinn des Landes. Dieser »englische« Weg war freilich, wie viele im Lauf des 19. Jahrhunderts immer deutlicher erkannten, an ganz spezifische historische und auch geographische Voraussetzungen und dadurch geprägte Mentalitäten der Führungsschichten Englands gebunden. Dabei hatte die früh errungene Führungsposition des Landes im internationalen Handel und die Tatsache eine bedeutende Rolle gespielt, daß England in dem grundlegenden wirtschaftlichen Veränderungsprozeß, der Europa seit dem 18. Jahrhundert erfaßt hatte, als »the first industrial nation« zu einer weltweit dominierende Stellung gelangt war.

Der Nationalökonom Alexander Gerschenkron, der aus Odessa stammte, in Wien ausgebildet worden war und dann in den Vereinigten Staaten Karriere machte, hat aus dieser anfänglichen englischen Führungsposition in einem übergreifenden und grundlegenden wirtschaftlichen Veränderungsprozeß eine sehr allgemeine Schlußfolgerung gezogen und sie zur Grundlage einer zeitweilig höchst einflußreichen Theorie gemacht. Die Entwicklung der einzelnen europäischen, später dann auch der außereuropäischen Staaten sei im Kern abhängig gewesen und weiterhin abhängig von ihrer Rückständigkeit gegenüber der prinzipiell als Vorbild angesehenen wirtschaftlich-sozialen Entwicklung in England. Diese Rückständigkeit sei von Land zu Land abgestuft gewesen und habe bewirkt, daß das Verhältnis von Staat und Gesellschaft jeweils sehr unterschiedlich akzentuiert gewesen sei. Die Rolle des Staates, das heißt die Macht und der Einfluß der staatlichen Macht und der staatlichen Bürokratie, sei dort am größten gewesen, wo die Rückständigkeit in Gesellschaft und Wirtschaft am massivsten ausgeprägt gewesen sei.

Gerschenkron suchte seine These von der zentralen Rolle des Staates und einer zentralstaatlich orientierten Bürokratie im Modernisierungsprozeß in jenen Ländern, die in wirtschaftlicher und sozialer Hinsicht am rückständigsten gewesen seien, vor allem am Beispiel Rußlands in den Jahrzehnten vor Ausbruch des Ersten Weltkrieges zu belegen. Und das Referenzbeispiel für seine allgemeine Theorie von der Bedeutung der abgestuften Rückständigkeit in den verschiedenen Ländern war für ihn Preußen-Deutschland. In Rußland habe es der Staat, die staatliche Bürokratie seit der Mitte der 1880er Jahre in einer gewaltigen Kraftanstrengung in die Hand genommen, die Nachteile der nicht nur gegenüber England, sondern auch gegenüber Preußen-Deutschland extrem ausgeprägten Rückständigkeit in einem, wie er es formulierte, »großen Spurt« auszugleichen und schrittweise zu jenen weiter entwickelten Ländern aufzuschließen. Dabei habe sich der russische

Staat vor allem auch die Erfahrungen zunutze gemacht, die Preußen-Deutschland seit den dreißiger Jahren des 19. Jahrhunderts bei seiner mittlerweile so erfolgreichen Aufholjagd gegenüber England gemacht habe. Mit anderen Worten, es sei dem Land gelungen, in einem bisher unbekanntem Tempo die extreme Rückständigkeit zu überwinden und zu den führenden Industrienationen aufzuschließen – auch, wie man hinzufügen kann, in machtpolitischer Hinsicht: Die Parallele zum China unserer Tagen drängt sich einem hier förmlich auf.

Gerschenkron nannte mehrere Elemente, die diesen plötzlichen »großen Spurt« getragen und vorangetrieben hätten: die Tendenz zur Errichtung großbetrieblicher Strukturen, die Bevorzugung der Produktionsgüter- auf Kosten der Konsumgüterindustrie, Konsumeinschränkungen der breiten Masse der Bevölkerung, Dominanz des Staates auf dem Kapitalmarkt und geringe Produktivität der Landwirtschaft, die daher keine aktive Rolle als expandierender Absatzmarkt für den wachsenden Industriesektor spielte. Über all dies ist im einzelnen dann lebhaft diskutiert worden, soll uns hier aber nicht weiter beschäftigen. Wichtiger erscheint in unserem Zusammenhang jener Faktor, der Gerschenkron nur am Rande beschäftigte, nämlich die Bedeutung des machtpolitischen Elements. Damit ist die Überlegung auf russischer Seite gemeint, auch und gerade auf ökonomischen Gebiet den voranschreitenden Macht- und Gewichtverlust auszugleichen, ja wieder rückgängig zu machen, den Rußland im Verlauf des 19. Jahrhunderts erlitten hatte. Das galt insbesondere im Verhältnis zu dem aufstrebenden Deutschen Reich, aber weltpolitisch auch zu Großbritannien, zu dem sich die Schere in den vorangegangenen Jahrzehnten immer weiter geöffnet hatte. Dahinter stand zugleich die immer größer werdende Sorge, eine Entwicklung wie Österreich-Ungarn zu nehmen, das machtpolitisch deutlich zurückfiel, und darüber hinaus das Schreckgespenst, am Ende in die Position des Osmanischen Reiches zu geraten, eines Reiches, das noch knapp 200 Jahre zuvor die bedrohlichste Macht Europas gewesen war und nur als der »kranke Mann am Bosphorus« bezeichnet wurde.

Der Zusammenhalt und die Machtstellung des Osmanischen und des Habsburger Reiches wurde wie diejenige Rußlands auf schwächer werdenden gesellschaftlichen und ökonomischen Grundlagen vor allem durch das Militär, die Bürokratie und die Monarchie aufrechterhalten. Ihre Einheit und Schlagkraft aber wurde – und auch hier war das neue Deutsche Reich ein großes Vorbild – durch ein Element bewahrt, das in dieser Form gleichfalls einen in vieler Hinsicht neuen Faktor auch in machtpolitischer Hinsicht darstellte: durch den nationalen Gedanken. Er bezog sich im Falle Rußlands in erster Linie auf das Großrussentum, im Falle Österreich-Ungarns auf das deutsche Element, flankiert durch ein starkes Entgegenkommen gegenüber der ungarischen Reichshälfte. Hier wie dort bedurfte es in jenen Vielvölkerstaaten unter einer gemeinsamen Krongewalt zusätzli-

cher Faktoren, um ein zusammenhaltendes Staats- und Nationalgefühl zu stärken. In Rußland war das das orthodoxe Christentum und insbesondere dann der Panslawismus. Ihn stellte man nach der 1879 vollzogenen engen bündnispolitischen Verbindung zwischen den beiden mitteleuropäischen Kaiserreichen mit deutschen Dynastien, Österreich-Ungarn und dem Deutschen Reich, dem mehr befürchteten als real vorhandenen Pangermanismus entgegen.

Unter Alexander III. lebte die Formel von den drei Säulen wieder auf, auf denen die russische Macht beruhe, nämlich Orthodoxie, Autokratie und Nationalismus, sei es in großrussischer oder in panslawistischer Ausprägung. Und damit verband sich erneut eine Idee, deren Bedeutung damals und für die weitere Zukunft und Entwicklung gar nicht zu überschätzen ist: die Idee, Garant und Hüter einer natürlichen und gottgewollten Ordnung zu sein und das nicht nur in den Grenzen des eigenen Staates, sondern europa-, ja letztlich weltweit. Diese Idee hatte vor annähernd drei Menschenaltern im Kampf gegen die gleichfalls weltumspannenden Ideen der Französischen Revolution ihren Niederschlag gefunden in der von Zar Alexander I. propagierten »Heiligen Allianz«. Sie sollte alle monarchischen Staaten Europas im gemeinsamen Widerstand gegen den von Frankreich ausgehenden Geist der Revolution mit dem Ziel des Erhalts der überlieferten, gottgewollten Ordnung zusammenführen. Diese Idee hatte schon damals außerhalb Rußlands im Kreis der handelnden Politiker nur wenige wirklich überzeugte Anhänger gefunden. Jenseits dieses Kreises, im Lager der sich formierenden konservativen Kräfte, aber war das anders, und für sie, mit den preußischen Konservativen an der Spitze, galt Rußland, der Gendarm Europas, wie die Zeitgenossen sagten, als die geistige Führungsmacht, als Gegenpol gegen die »westlichen«, vor allem in Frankreich, aber auch in England beheimateten Ideen.

Das verband vor allem Rußland und das konservative Preußen, und so sehr sich dessen leitender Staatsmann seit Beginn der 1860er Jahre, Otto von Bismarck, von den altkonservativen Vorstellungen seiner Jugend entfernte – es blieb doch immer ein Untergrund davon in seinen Grundüberlegungen und auch in manchen konkreten Entscheidungen, der für ihn in der Formel von dem Prinzip des über den einzelnen Staat hinausgehenden gemeinsamen »Kampfes gegen die Revolution« seinen Ausdruck fand. Wenn man von dem Deutschen Reich gesagt hat, es sei ein Staat ohne Idee, also ohne ein letztlich überstaatliches, weltumspannendes Prinzip gewesen, so gilt das, von Bismarck her gesehen, nur bedingt. Er war jedoch Realist genug zu erkennen, daß man das altkonservative Prinzip des »Kampfes gegen die Revolution« nicht offenlegen und jedenfalls nur begrenzt, konzentriert auf den eigenen Staat, verwirklichen könne. Für diejenigen im konservativen Lager jedoch, die sich ungeachtet der vielfältigen Zugeständnisse Bismarcks an das Lager ihrer politischen Gegner nach wie vor zu ihm bekannten, blieb, so sahen sie es zumindest,

der »Kampf gegen die Revolution« das gemeinsame und verbindende Prinzip. Und dieses Prinzip verband sie zugleich nach wie vor, jenseits aller Interessenkonflikte, mit Rußland als dem eigentlichen Lordsiegelbewahrer jenes Prinzips.

Das bildete von konservativer Seite den Hintergrund des deutsch-russischen Verhältnisses, den Hintergrund auf der anderen Seite der wütenden Angriffe der politischen Linken auf die zaristische, in den Bereich der asiatischen Despotie zu zählende Autokratie, Angriffe, die stets zugleich auch auf den eignen innenpolitischen Gegner zielten. Im Vordergrund standen freilich, im Zeichen eines immer erbitterteren Konkurrenzkampfes der großen Mächte im Zeitalter des Imperialismus, mehr und mehr reine Machtfragen und damit die Grundfrage, auf welchen Grundlagen die Macht eines Staates letztlich beruhe, was ihre Steigerung und was ihren Verfall bewirke. Und dabei gewann auch im konservativen Lager gegenüber einer auf die leitenden Ideen und auf deren Auseinandersetzung konzentrierten Interpretation der Geschichte eine Deutung zunehmend an Gewicht, die die eigenständige Rolle und Bedeutung wirtschaftlicher Faktoren und Entwicklungen betonte.

Das galt gerade auch, wenn man die Veränderung der Stellung Rußlands als der immer wieder beschworenen konservativen Vormacht Europas in den Jahrzehnten vor 1914 in ihrem Verhältnis zu den übrigen großen Mächten betrachtete. Immer mehr Beobachter gelangten zu der Überzeugung, daß die eigentliche Basis für die schon bald nicht mehr zu übersehende außerordentliche Machtsteigerung des russischen Staates nach Jahrzehnten schleichenden Verfalls dieser Macht – ungeachtet der innenpolitischen Reformen nach preußischem Vorbild unter Alexander II., dem »Zarbefreier« – nicht jene genannten drei Säulen, nämlich Orthodoxie, Autokratie und Nationalismus, bildeten, sondern das explosionsartige Wachstum der russischen Wirtschaft, die wesentlich eine Staatswirtschaft war, seit der zweiten Hälfte der 1880er Jahre. Zwischen 1890 und 1914 wies die Industrieproduktion in Rußland mit durchschnittlich acht Prozent jährlich höhere Zuwachsraten auf als in irgendeinem anderen Land der Welt, die Vereinigten Staaten von Nordamerika eingeschlossen; 1914 hatte sich Rußland zur viertgrößten Industriemacht der Welt entwickelt, wobei allerdings enorme Disparitäten zwischen den industriellen Zentren und den weiten agrarischen Gebieten des Landes bestanden, die immer noch mehr als 80% des Territoriums umfaßten.

Die außerordentlichen Wachstumsraten auf gewerblich-industriellem Gebiet zogen, begünstigt vom Staat, genauer gesagt von Finanzminister Sergej Witte und seinem Kreis, in großem Umfang ausländisches Kapital, speziell aus Deutschland und dann vor allem aus Frankreich und auch aus Großbritannien ins Land. Im frühen 20. Jahrhundert hatte Rußland die größte Auslandsschuld von allen Ländern der Erde. Diese Wachstumsraten

eröffneten aber auch der landbesitzenden Aristokratie ganz neue Chancen. Und sie ließen zugleich neben der altrussischen Kaufmannschaft ein neues Industriebürgertum entstehen mit einem bildungsbürgerlichen Zweig, der aus den gleichzeitigen, ebenfalls wesentlich nach preußisch-deutschen Vorbild konzipierten Reformen des Bildungswesens erwuchs.

Erkauft wurde das alles freilich, und hier unterschied sich Rußland ganz entscheidend vom preußisch-deutschen Vorbild, durch einen fast völligen Verzicht auf flankierende soziale Maßnahmen seitens des Staates. Auch im Deutschen Reich blieben diese sozialpolitischen Maßnahmen weit hinter dem zurück, was die Vertreter der Industriearbeiterschaft, sei es unter marxistischen, sei es unter christlichen Vorzeichen, forderten. Aber es gab hier doch von Seiten des Staates und der Städte wie auch der Wirtschaft selbst ein Minimum an rechtlichen, sozialen und ökonomischen Sicherungssystemen, errichtet nicht zuletzt, um die Unzufriedenheit und die potentielle revolutionäre Dynamik der unteren Schichten, insbesondere der Arbeiterschaft, einigermaßen in Grenzen zu halten. In Rußland hingegen entfaltete der Staatskapitalismus seine ganze Brutalität, vergleichbar, wenn man von den Verhältnissen in manchen Ländern in unserer unmittelbaren Gegenwart absieht, nur mit der Frühphase der Industrialisierung in England, die Friedrich Engels in den 1840er Jahren des 19. Jahrhunderts so eindringlich beschrieben hat. Vor 1914 war Rußland gerade aufgrund der im Interesse der Bewahrung bzw. Wiederherstellung seiner Großmachtstellung rücksichtslos vorangetriebenen Modernisierungspolitik so ein sozialpolitisches Pulverfaß ersten Ranges geworden.

Der weitestgehende Verzicht der Staatsmacht auf sozialpolitische Initiativen gegenüber einem sich ungehemmt entfaltenden Kapitalismus aus Sorge, dessen Dynamik zu schwächen und ausländisches Kapital wieder aus dem Lande zu treiben, legte letztlich die Lunte an dieses Pulverfaß. Im Jahre 1905 erfuhr der machtpolitische, von einer florierenden Staatswirtschaft getragene Wiederaufstieg der autokratisch gelenkten russischen Staatsmacht einen ersten massiven Rückschlag. Ausgelöst durch eine ganz unerwartete Niederlage, die Rußland 1904/05 in einem kriegerischen Konflikt durch Japan, einer eben noch zum Opfer expansiver Kolonialpolitik ausersehenen Macht, beigebracht wurde, kam es im Land zu einer von der entstehenden, zahlenmäßig noch sehr begrenzten Industriearbeiterschaft sowie der sogenannten Intelligenz und Teilen des neuen Bürgertums getragenen Revolution gegen die zaristische Autokratie.

Diese erste russische Revolution, wurde vor allem auch in Deutschland, etwa durch Max Weber, mit großer Aufmerksamkeit aus dem Gefühl heraus verfolgt, daß gerade die russischen und die deutschen Verhältnisse, bei allen Unterschieden, in der Beziehung zwischen dem Staat und der Gesellschaft große Ähnlichkeiten aufwiesen und man in dieser Hinsicht aus dem Schicksal der russischen Revolution weitreichende Schlüsse ziehen kön-

ne. Diese Revolution erzwang eine Reihe verfassungspolitischer Reformen, vor allem die Einrichtung eines Parlaments, einer Reichsduma, die das Land formal von einer absoluten zu einer konstitutionellen Monarchie zu machen versprochen. Die daran geknüpften weitergehenden Hoffnungen des reformerisch gesinnten Flügels der Revolutionäre, der prinzipiell an der Modernisierungspolitik eines Witte und vor allem auch an seiner Wirtschaftspolitik unter Zurückdrängung ihrer bürokratisch-autoritären Elemente festhalten wollte, erfüllten sich jedoch dann nicht. Die effektive Macht verblieb stärker als in Preußen-Deutschland, wo die parlamentarisch-konstitutionellen Kräfte trotz aller Behinderungen ständig an Gewicht gewannen, bei der Krone und bei der von der zaristischen Bürokratie kontrollierten und dirigistisch geführten Staatswirtschaft. Man sprach wie in vielen anderen westlichen Ländern in Deutschland zunehmend von einem Scheinkonstitutionalismus, der mit den deutschen Verhältnissen letztlich doch nur begrenzt vergleichbar sei.

Bei diesem durch die konstitutionellen Zugeständnisse nur wenig und auch nur zeitweise eingeschränkten autoritär-bürokratischen System blieb es bis gegen Ende des Ersten Weltkrieges, der Rußland an die Seite der westlichen Alliierten führte. Dann brach sich in dem militärisch erschöpften, kurz vor dem Zusammenbruch stehenden Land eine zweite konstitutionelle Revolution Bahn. Sie wurde jedoch rasch von einer radikalrevolutionären, auf eine grundlegende Veränderung aller gesellschaftlichen Verhältnisse zielende Welle überholt, von der bolschewistischen Oktoberrevolution.

Die Oktoberrevolution freilich übernahm aus der zaristischen Zeit, so entschieden sie sich ansonsten von ihr distanzierte, zwei Dinge: die bürokratisch gelenkte Staatswirtschaft und den unbedingten Vorrang eines allmächtigen, autoritären und zentralistischen Staatsapparats, getragen nun von einer alles beherrschenden Partei. Und noch etwas anderes übernahmen die Bolschewisten aus der so radikal bekämpften zaristischen Vergangenheit: die Idee, daß Rußland berufen sei, für ein allgemeines, Staaten und Nationen übergreifendes Prinzip zu kämpfen und daß darauf zugleich vor allem anderen der Führungsanspruch des Landes in der Welt der Zukunft beruhe. Anders gesagt: an die Stelle des Gedankens, daß Rußland berufen sei, die alte, gottgewollte Ordnung zu bewahren bzw. wiederherzustellen, die von den zerstörerischen Ideen der Französischen Revolution tödlich bedroht sei, daß darin also seine eigentliche welthistorische Mission bestehe, setzte man den Gedanken, daß die welthistorische Mission Rußlands darin liege, die proletarische Weltrevolution zum Siege zu führen. Darauf gründe, vor dem Absterben aller Staaten, der unbedingte Führungsanspruch des fortan allein von der bolschewistischen Partei geführten russischen Staates.

Damit trennten sich nach 1918, nach der Oktoberrevolution und dem Ende des Ersten Weltkrieges endgültig, so schien es, die davor in mancher Hinsicht ähnlichen und in

vieler Hinsicht miteinander verschlungenen Wege Deutschlands und Rußlands in die moderne Welt. Nach 1933 aber näherten sie sich, bei unübersehbar tiefgreifenden ideologischen Unterschieden und bei diametral verschiedenen letzten Zielsetzungen – hier die Weltherrschaft der germanischen Rasse, dort der weltweite Sieg einer Klasse, der sogenannte Proletariats – in gewisser Weise wieder einander an. Hier wie dort wurde der immer mächtiger werdende Staat beherrscht und überwölbt von einer zentralistisch und autoritär geführten Einheitspartei. Hier wie dort stand die Wirtschaft unter der Kommandogewalt des Staates bzw. der Partei, ohne in ihren Strukturen und in ihrem im Kern, unbeschadet aller äußeren Eingriffe, marktwirtschaftlichen Gesetzen folgenden Verhalten grundlegend angetastet zu werden. Und hier wie dort wurde alles unternommen, um die wirtschaftlichen Entwicklung zu forcieren, um auch in dieser Hinsicht in einem »großen Spurt« an die Spitze zu gelangen.

Während in Westdeutschland nach 1945 unter ganz anderen Bedingungen und in einem ganz anderen politischen und gesellschaftlichen Rahmen der Wettlauf um eine Steigerung des Bruttosozialprodukts weiterging, blieb Rußland, die Sowjetunion, bei Fortbestehen des politischen und gesellschaftlichen Systems bis 1990 trotz entsprechender Bemühungen in dieser Hinsicht immer weiter zurück. Am Ende zerbrach die nach 1945 zum sogenannten Ostblock unter russischer Führung erweiterte Einheit des sowjetrussischen Reiches. Statt sich jedoch, wie mancher zeitweise meinte, vollständig aufzulösen, erlebte Rußland, gestützt auf seine gewaltigen Rohstoff- und Energiereserven und geleitet von einer einmal mehr gestärkten und zentralisierten Staatsgewalt einen neuerlichen Aufschwung, der seinen Platz im Kreis der Weltmächte unterstrich und befestigte, ein Platz, der im Verlauf des 19. Jahrhunderts und dann wieder nach 1990 verloren zu gehen drohte. Einen zentralen Faktor bildete dabei die wirtschaftliche Entwicklung – diese Einsicht verband so unterschiedliche Figuren wie Sergej Juljewitsch Witte und Wladimir Iljitsch Lenin und bestimmt auch heute sehr wesentlich das Handeln des russischen Staates.

Und ähnliches gilt, unter ganz anderen Voraussetzungen und Bedingungen, für Deutschland. Hier war der Absturz nach zwei verlorenen Weltkriegen noch ungleich tiefer und die bis 1914 errungenen Stellung im Kreis der europäischen, ja der Weltmächte schien nach 1945 endgültig verloren. Aber auch hier erfolgte, ganz wesentlich gestützt auf den wirtschaftlichen Erfolg des Landes und getragen von dem Zusammenwirken zunächst mit den west- und mitteleuropäischen Mächten, ein kontinuierlicher Wiederaufstieg, der das Land zwar nicht in den Kreis der Weltmächte, also neben den USA China, Rußland und vielleicht Indien und auch Japan, aber in den der europäischen Großmächte zurückführte, das heißt in jenen Zirkel der sogenannten G-7, dann der G-8-Staaten, in dem sich seit 1975 alljährlich die Staats- und Regierungschefs zunächst der führenden westlichen

Industrienationen treffen, ergänzt seit 2002 durch Rußland und potentiell schon seit längerem auch durch China. Die Rede ist dabei stets von den »führenden« Industrienationen, wobei der Begriff »führend« neben der »Wirtschaftskraft« (gemessen z. B. am Brutto-sozialprodukt) auch, wie es in den entsprechenden Definitionen heißt, die »Bedeutung als Industrienation« und darüber hinaus das »Macht- und Einflusspotenzial« des jeweiligen Staates einbezieht.

Über Macht und Einfluß eines Staates entscheide, auf der Basis der gleichsam naturgegebenen Bedingungen wie Größe des jeweiligen Territoriums und Zahl der Einwohner im wesentlichen die Politik, sie sei das »Schicksal«, hatte Napoleon Anfang des 19. Jahrhunderts erklärt. Nein, hat Walther Rathenau, der Industrielle und spätere, 1922 ermordete deutsche Außenminister, der den Rapallo-Vertrag abgeschlossen hat, dem entgegengehalten: Heute sei die Wirtschaft das »Schicksal«. Wenn man Aufstieg, Niedergang und Wiederaufstieg großer Staaten betrachtet, wie wir sie hier am Beispiel Deutschlands und Rußlands seit der zweiten Hälfte des 19. Jahrhunderts skizziert haben, so ist man geneigt, ihm jedenfalls zum Teil recht zu geben. Sicher ist es nach wie vor die Politik, die entscheidende Weichenstellungen vornimmt. Aber die Bedingungen für Erfolg oder Mißerfolg kann sie nicht schaffen. Sie kann sie nur schicksalhaft als Voraussetzungen akzeptieren und fördern oder, um den Preis des schließlichen Mißerfolges, aus vielerlei, in manchem durchaus einsichtigen Gründen verwerfen.